

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

132. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 10. Juni 2004, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

in Vertretung von Holger Astrup

in Vertretung von Wolfgang Fuß

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen auf der Strecke Hamburg-Flensburg-Padborg	6
(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 2 GeschO)	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG)	7
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/3367	
3. Landesarchiv Schleswig-Holstein als Modellvorhaben nach § 10 a LHO	8
Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 15/4494	
4. Jahresberichte gemäß § 10 a für 2003 für die Landesforstverwaltung Schleswig-Holstein und den Landesbetrieb ErlebnisWald Trappenkamp	9
Vorlagen des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft Umdrucke 15/4387 und 15/4527	
5. Veräußerung der Kommanditanteile an der GmbH & Co. KG NordwestLotto Schleswig-Holstein	10
Antrag der Landesregierung Drucksache 15/3439	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3467	

-
- 6. a) Entwurf eines Gesetzes über in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten 11**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3342
- b) Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3343 (neu)
- c) Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3346
- 7. Pilotbehörde „Staatskanzlei“ im Rahmen der flächendeckenden Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung 14**
- Vorlage der Staatskanzlei
Umdruck 15/4495
- 8. Verwaltungsstrukturreform 1996 - 2002 15**
- Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2560
- 9. Zukunft der Provinzial Nord Versicherungsgruppe mit Sitz in Kiel 16**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3460
- 10. Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 11. bis 13. Mai 2004 in Gotha 17**
- Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/4496

11. Prüfung der Ostsee-Akademie	18
Umdrucke 15/4378 und 15/4615	
12. Information/Kennntnisnahme	19
Umdruck 15/4477 - Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“	
Umdruck 15/4454 - Outputorientierte Budgetierung	
Umdruck 15/4493 - Professorenbesoldungsreformgesetz	
Umdruck 15/4497 - FLEX	
Umdruck 15/4525 - Projekt „Pflege Governikus“	
13. Zustimmung des Finanzausschusses zur Übernahme von Nebentätigkeiten des Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein	20
14. Verschiedenes	21

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet den nicht öffentlichen und vertraulichen Teil der Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen auf der Strecke
Hamburg-Flensburg-Padborg**

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i.V.m. § 17
Abs. 2 GeschO)

hierzu: Umdrucke 15/4561, 15/4614

(siehe nicht öffentlichen und vertraulichen Teil der Sitzung, Seite 25)

Die Vorsitzende schließt den nicht öffentlichen und vertraulichen Teil und eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 10:45 Uhr.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG)

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/3367

(überwiesen am 29. April 2004 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss)

Die Beratung über den Gesetzentwurf des SSW wird zurückgestellt, bis die vom Bildungsausschuss erbetenen schriftlichen Stellungnahmen vorliegen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Landesarchiv Schleswig-Holstein als Modellvorhaben nach § 10 a LHO

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/4494

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Jahresberichte gemäß § 10 a für das Jahr 2003 für die Landesforstverwaltung Schleswig-Holstein und den Landesbetrieb ErlebnisWald Trappenkamp

Vorlagen des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft
Umdrucke 15/4387 und 15/4527

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Veräußerung der Kommanditanteile an der GmbH & Co. KG
NordwestLotto Schleswig-Holstein**

Antrag der Landesregierung
Drucksache 15/3439

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3467

(überwiesen am 26. Mai 2004)

Über die Anträge der Landesregierung und der FDP, Drucksachen 15/3439 und 15/3467, betr. Veräußerung der Kommanditanteile an der GmbH & Co. KG NordwestLotto Schleswig-Holstein will der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 19. August 2004 eine Beschlussempfehlung an den Landtag zur August-Tagung verabschieden. Die Fraktionen werden gebeten, Fragen zur Veräußerung von NordwestLotto der Landesregierung rechtzeitig vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause zur Beantwortung zu übermitteln.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes über in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3342

Der Finanzausschuss bittet den federführenden Innen- und Rechtsausschuss, ihn an der vorgesehenen Anhörung zu beteiligen, und regt an, die Beratung über den Gesetzentwurf mit dem Innen- und Rechtsausschuss sowie dem Sozialausschuss in gemeinsamer Sitzung durchzuführen.

b) Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3343 (neu)

c) Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3346

(überwiesen am 26. Mai 2004 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Finanzausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/4604, 15/4607, 15/4613

St Döring bekräftigt die Haltung der Landesregierung, weiter am Staatsmonopol im Glückspielbereich festzuhalten, an dem auch die Europäische Union nicht vorhaben zu rütteln. Auf eine Frage von Abg. Heinold teilt er mit, in Bayern gebe es eine Postannahmestelle, gegen dessen Inhaber die bayerische Staatsregierung seit 20 Jahren Prozesse führe (Umdruck 15/4613). Die bayerische Staatsregierung gehe davon auf, dass selbstverständlich auch die von gewerblichen Spielevermittlern erzielten Einnahmen den Vorschriften des Regionalisierungsstaatsvertrages unterworfen würden. Sollte sich die bayerische Staatsregierung in dem zurzeit beim Landgericht München anhängigen Prozess zur Vertragstreue gegenüber gewerblichen Vermittlern nicht durchsetzen, entstehe eine neue rechtliche Situation. Der Staatssekre-

tär lässt keinen Zweifel daran, dass die schleswig-holsteinische Landesregierung in dem Fall von der in § 5 des Staatsvertrages vorgesehenen Revisionsklausel Gebrauch machen werde, denn es könne nicht angehen, dass wesentliche Einnahmen nicht der Regionalisierung unterlägen.

Abg. Arp stellt auf die Interessen Schleswig-Holsteins ab und wiederholt die in der Landtagsdebatte am 26. Mai 2004 seitens der CDU-Fraktion erhobenen Bedenken gegen den Regionalisierungsstaatsvertrag und die Forderung einer Anhörung. Er plädiert dafür, den Staatsvertrag ruhen zu lassen und den Status quo so lange beizubehalten, bis der bayerische Rechtsstreit entschieden sei. Denn es sei nicht hinnehmbar, dass Bayern durch private Spielevermittler millionenschwere finanzielle Vorteile genieße, während Schleswig-Holstein auf Millionen-einnahmen verzichte.

St Döring weist darauf hin, dass die Landesregierung den Landtag mit den Unterrichtungen 15/70 und 15/96 bereits im Jahr 2003 über beide Staatsverträge informiert habe.

Abg. Gröpel bekennt sich namens der SPD-Fraktion zum Staatsmonopol, dessen Konsequenzen in den vorliegenden Staatsverträgen geregelt würden. Sie weist auf die Möglichkeit hin, dass Schleswig-Holstein auch ohne Regionalisierungsstaatsvertrag Einnahmen verlieren könnte, wenn private Spielevermittler abwanderten. Mit Blick auf die in Bayern bestehende Postannahmestelle kündigt sie begleitend zur Verabschiedung des Regionalisierungsstaatsvertrags einen Antrag im Landtag an, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden solle, die Revisionsklausel für den Fall anzuwenden, dass aus der bayerischen Entscheidung Nachteile für Schleswig-Holstein erwachsen sollten.

Abg. Dr. Garg kritisiert mit Blick auf die Beratungszeit zwischen erster und zweiter Lesung, dass das Parlament entgegen den hehren Worten von Abg. Heinold Staatsverträge wieder einmal nur „durchwinken“ solle.

VP Qualen weist unter Hinweis auf § 5 Abs. 2 und § 7 Abs. 2 des Staatsvertrages auf die engen Voraussetzungen der Kündbarkeit des Regionalisierungsstaatsvertrages hin.

Abg. Wiegard spricht sich dafür aus, das staatliche Monopol im Glückspielbereich abzuschaffen. Mit Blick auf die - insbesondere in finanzieller Hinsicht nicht unbeträchtlichen, negativen - Auswirkungen des Regionalisierungsstaatsvertrages auf Schleswig-Holstein fordert auch er, eine Anhörung durchzuführen und den Gesetzentwurf sorgfältig zu beraten.

Abg. Spoorendonk macht darauf aufmerksam, dass sich der Finanzausschuss mit den ihm seit 2003 bekannten Staatsverträgen im Rahmen des Selbstbefassungsrechts längst hätte befassen können.

Abg. Heinold erinnert daran, dass der Ältestenrat die erste Lesung der Staatsverträge von der April- auf die Mai-Tagung verschoben und damit den Zeitdruck erzeugt habe. Die von Abg. Arp in seiner Pressemitteilung vom 10. Juni 2004 aufgestellten Behauptungen seien ungeheuerlich und falsch, so etwa die Behauptung, dass der Landtag einstimmig eine Anhörung beschlossen habe. - Abg. Arp erklärt, Letzteres werde er öffentlich richtig stellen.

Hinsichtlich der Möglichkeit einer Revision des Staatsvertrages macht St Döring darauf aufmerksam, dass die Existenz der Postannahmestelle in Bayern den Bundesländern bis März 2004 nicht bekannt gewesen sei. Wann der Schleswig-Holsteinische Landtag über die Staatsverträge unterrichtet worden sei und welche Landtage dem Staatsvertrag bereits zugestimmt hätten, werde er dem Ausschuss schriftlich mitteilen.

Abg. Dr. Garg erklärt, die FDP lehne die Gesetzentwürfe aus inhaltlichen Gründen ab: Das Festhalten am Staatsmonopol sei anachronistisch und passe nicht in die Entwicklung der europäischen Spielere Landschaft.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der Ausschuss, die Gesetzentwürfe Drucksachen 15/3343 (neu) und 15/3346 anzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Pilotbehörde „Staatskanzlei“ im Rahmen der flächendeckenden Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung

Vorlage der Staatskanzlei
Umdruck 15/4495

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verwaltungsstrukturreform 1996 - 2002

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2560

(überwiesen am 4. April 2003 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Fi-
nanzausschuss)

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Innen- und Rechtsausschuss, die Antwort zur Kenntnis zu nehmen und darauf zu achten, dass sich die Ministerien bei der Ausgestaltung von Förderrichtlinien entsprechend den Vorgaben des Finanzministeriums auf Grundsätze der Förderung konzentrieren und vielfältige „Unterrichtlinien“ vermeiden. Stattdessen sollten mit Zuleitung des Bewilligungsbescheides konkrete Beachtungsgrundlagen formuliert werden. Das dient auch der Verwaltungsvereinfachung und führt zur Zeitersparnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Zukunft der Provinzial Nord Versicherungsgruppe mit Sitz in Kiel

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3460

(überwiesen am 28. Mai 2004 an den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss erwartet die Zuleitung des angekündigten Rechtsgutachtens und stellt die Beratung zur Sitzung am 19. August 2004 zurück.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 11. bis
13. Mai 2004 in Gotha**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/4496

Abg. Wiegard bittet das Finanzministerium darum, mit der Vorlage des Berichts über die Höhe der Steuereinnahmen des ersten Halbjahres 2004 Gründe dafür zu nennen, dass das Aufkommen in den verschiedenen Steuerarten in Schleswig-Holstein im Gegensatz zu anderen Bundesländern drastisch hinter den Erwartungen zurückbleibe. Er bekräftigt die Forderung der CDU, aus der Steuerschätzung Konsequenzen für das Haushaltsjahr 2005 zu ziehen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Prüfung der Ostsee-Akademie

Umdrucke 15/4378 und 15/4615

Der Finanzausschuss erwartet, dass die in Rede stehenden Rückforderungen tatsächlich umgesetzt werden und der Ausschuss darüber informiert wird.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**Zustimmung des Finanzausschusses zur Übernahme von Nebentätigkeiten
des Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein**

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die erbetene Genehmigung zu zwei Nebentätigkeiten des Rechnungshofspräsidenten: Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrates der „Grontmij A & T GmbH“ in Bremen und Leitung eines EU-Twinning-Projekts in Kroatien.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 15/4454 - Outputorientierte Budgetierung

Umdruck 15/4477 - Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“

Umdruck 15/4493 - Professorenbesoldungsreformgesetz

Umdruck 15/4497 - FLEX AG

Umdruck 15/4525 - Projekt „Pfleger Governikus“

Der Ausschuss nimmt die Umdrucke zur Kenntnis.

Auf eine Frage von Abg. Neugebauer zu Umdruck 15/4525 - Projekt „Pfleger Governikus“ - teilt St Döring mit, die Kosten des Projekts seien durch Mittel aus Haushaltsstelle 1103-685 01 - Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen - gedeckt.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Vorsitzende verweist auf ein Schreiben des Kieler Hospizfördervereins e. V. an den Finanzausschuss und schlägt dem Hospizverein vor, sich direkt mit der LVSH in Verbindung zu setzen.

St Döring stellt klar, dass sich das in Rede stehende Grundstück im Eigentum der LVSH befinde und man bei der Veräußerung an die Landeshaushaltsordnung gebunden sei. Nach wie vor sei man bereit, aufgrund eines unabhängigen Wertgutachtens eine Teilliegenschaft an das Hospiz zu veräußern.

Vor dem Hintergrund der im Schreiben erwähnten Kooperation mit Rendsburg regt Abg. Dr. Garg an, dass sich der Sozialausschuss mit der Thematik beschäftige.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 12:40 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer